

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002638/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Markus Buchheit (ESN)

Betrifft: Korruptionsvorwürfe und politische Einflussnahme in Spanien – Wahrung der Rechtsstaatlichkeit

Die jüngsten Entwicklungen in Spanien geben Anlass zu ernster Besorgnis über die Unabhängigkeit der Justizbehörden und die politische Nutzung von Strafverfolgungsbefugnissen unter der Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez. Es kamen zahlreiche Korruptionsskandale ans Tageslicht, an denen Personen beteiligt sind, die Verbindungen zur Regierungspartei aufweisen. Gleichzeitig haben Vorwürfe politischer Einflussnahme auf Gerichtsverfahren, einschließlich der Ernennung bedeutender Staatsanwälte, zugenommen.

In Spanien und in der gesamten EU ist die Öffentlichkeit zunehmend besorgt, dass die Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt wird, es an Transparenz mangelt und politische Verbündete vor Strafverfolgung geschützt werden. Im Fall anderer Mitgliedstaaten hat die Kommission rasch gehandelt und sich für die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung starkgemacht.

1. Welchen offiziellen Standpunkt vertritt die Kommission im Hinblick auf die zunehmenden Korruptionsvorwürfe und die gefühlte politische Einflussnahme auf das spanische Justizsystem?
2. Gedenkt die Kommission, eine Erklärung abzugeben, in der sie die Notwendigkeit bekräftigt, die Rechtsstaatlichkeit in Spanien, einschließlich der Unabhängigkeit und Autonomie der Staatsanwaltschaft, zu schützen?
3. Warum schweigt die Kommission zu dieser Frage? Ist dies darauf zurückzuführen, dass die spanische Sozialistische Partei Teil des breiteren politischen Bündnisses ist, das die EU-Organe leitet?

Eingang: 30.6.2025